

Adrian Wüthrich

Stadthausstrasse 8
4950 Huttwil
Tel.: 062 962 34 00
Natel: 079 287 04 93
Mail: adrian_wuethrich@gmx.net
Web: www.adrianwuethrich.ch



**Schweizerischer Eisenbahn-
und Verkehrspersonal-Verband**
**Syndicat du personnel
des transports**
**Sindacato del personale
dei trasporti**

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: 30. April 2007, 19.30 Uhr

1. Maifeier in Huttwil vom 30. April 2007

Die Arbeitswelt, unsere Region und unser Spital

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher!

Es freut mich, dass ihr alle dem Ruf der SP Huttwil gefolgt seid, um heute am Vorabend vom Tag der Arbeit über unsere Arbeitswelt, unsere Region und unser Spital zu diskutieren. Die 1. Maifeier in Huttwil war bis vor zwei, drei Jahren fester Bestandteil des SP-Jahresprogramms. Doch weil immer weniger Leute kamen, wurde die Maifeier nicht mehr durchgeführt. Auf meine Umfrage bei den Emmentaler SP-Sektionen (ich bin Präsident der SP Emmental), wer den eine 1. Maifeier organisiert, hat sich keine Sektion gemeldet. Das kann nicht sein, habe ich mir gesagt. Zusammen mit Theo Kauz, dem SP-Präsidenten von der Sektion Huttwil, haben wir spontan abgemacht, dass wir klein anfangen und wieder eine kleine Maifeier durchführen. Nach dem schlimmen Zürcher Wahldebakel hörte man ja oft den Vorwurf, man sehe die SP nicht. Dieses Vorurteil wollen wir heute entkräften. Ich darf Euch also zu DER Maifeier im Wahlkreis Emmental begrüßen!

Der Tag der Arbeit könnte man meinen, sei der Tag der Arbeiterinnen und Arbeiter, an dem einmal inne gehalten wird und über die Arbeitswelt nachgedacht wird. Es mag deshalb erstaunen, dass bei der SP Huttwil einen Betriebswirtschaftsstudenten als Referenten spricht. Besser wäre doch, wenn ein „richtiger“ Arbeiter sprechen würde. Wer meine soziale Herkunft anschaut, merkt, dass ich aus einer klassischen Arbeiterfamilie stamme. Ich bin einer von den wenigen Studierenden, deren Eltern Nicht-Akademiker sind, und trotzdem eine Universität von innen sehen (die Chancengleichheit ist noch nicht für alle verwirklicht). Mir sind also die Probleme und Denkweisen der „normalen“ Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, besser in dieser Region, sehr bewusst. Als Werkstudent erlebe ich es hautnah, dass man ohne bezahlte Arbeit auf viel verzichten muss. Ich bin deshalb froh, beim Schweizerischen Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband als Sachbearbeiter Verkehrspolitik Teilzeit arbeiten zu können (siehe Fahne).

Wie der 1. Mai entstanden ist

Es geht am 1. Mai um Fairness, Gerechtigkeit, sozialen Ausgleich, Solidarität, gute Arbeitsbedingungen, Rechte am Arbeitsplatz und Menschenrechte. Diese Inhalte sind nach wie vor aktuell. Der 1. Mai ist der einzige Feiertag, der auf der ganzen Welt, in allen Kulturen verbreitet ist. 2007 feiern wir den Tag der Arbeit zum 117. Mal. Zum harmlosen 'Fest der Arbeit' degeneriert, ist der 1. Mai ursprünglich ein Kampftag der internationalen ArbeiterInnenbewegung. Dieser Tag erinnert an den Kampf der Chicago-ArbeiterInnen für den 8-Stunden-Tag, höhere Löhne und gegen die miserablen Arbeitsbedingungen in den Fabriken. Am 1. Mai 1886 befinden sich über 350'000 ArbeiterInnen in einem Generalstreik. Am 4. Mai schießt die Polizei auf die Streikenden und tötet vier ArbeiterInnen. Sechs Streikende werden verhaftet, weil sie beim Streik an vorderster Front dabei waren. Fünf von ihnen werden zur Abschreckung auf der Basis eines Polizeikonstruktes zu Tode verurteilt und exekutiert.

Drei Jahre später wurde am 14. Juli 1889 auf dem 2. Internationalen Arbeiterkongress in Paris der 1. Mai zum Gedenktag an den Protest von Chicago erklärt. Seitdem ist der 1. Mai zum Symbol von Solidarität unter allen Arbeitern weltweit geworden. Wir feiern den Tag der Arbeit in diesem internationalen Sinne. Der 8-Stunden Tag ist heute nahezu weltweit zum Standard geworden. Weil alle ArbeitnehmerInnen auf der ganzen Welt dafür gekämpft haben. Wichtig ist die Erkenntnis, dass diese Forderung nur ein Chance haben konnte, wenn sie weltweit erhoben und durchgesetzt wird. Das Argument der Gegenseite, die Konkurrenzfähigkeit werde bei der Gewährung von Arbeitszeitverkürzungen nur in einem Land dort massiv beeinträchtigt, entfiel damit automatisch. So steht denn seit jenen Tagen der Gedanke der internationalen Solidarität im Zentrum aller sozialen Bewegungen, die sich zur Maifeierbewegung zählen. (Das sollte sich auch die Schweiz im Steuerstreit mit der EU mehr zu Herzen nehmen).

Die Inhalte sind die gleichen geblieben

Die Inhalte, die den 1. Mai prägen, sind aber nach wie vor aktuell. Neoliberale Manager wollen diese Werte auf den Misthaufen werfen. Sie unterscheiden wieder brutal in Unten und Oben. Die Managerlöhne in der Schweiz sind die höchsten von Europa. Wir müssen erreichen, dass die Manager wieder Augenmass haben. Das Gefälle zwischen dem höchsten Lohn und dem tiefsten Lohn einer Unternehmung darf nicht weiter steigen! Dagegen stehen wir zusammen. Es geht darum, dass wir uns das Erreichte – wie die Sozialwerke, die Mitbestimmungsrechte und Arbeitsschutzbestimmungen - nicht kaputt schlagen lassen. Und beim Erreichten wollen wir auch nicht stehen bleiben. Es geht um Perspektiven der sozialen Entwicklung, unabhängig von der Herkunft und unabhängig von den nationalen Grenzen. Alle Menschen der Welt sollen ein besseres Leben haben können!

Die SP unterstützt deshalb die Initiative gegen die Abzocker in der Wirtschaft. Und sie lancierte eine Initiative für mehr Steuergerechtigkeit.

Die **Steuergerechtigkeitsinitiative** will einen Mindeststeuersatz für sehr hohe Einkommen und Vermögen. Dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb zu Lasten der tiefen und mittleren Einkommen wird so ein Riegel geschoben. Die Initiative lässt eine höhere Besteuerung zu und verbietet degressive Steuermodelle. Die Ausgestaltung ihrer Steuerpolitik bleibt den Kantonen und Gemeinden weiterhin überlassen.

Das zweite Projekt für Steuergerechtigkeit ist das **Referendum gegen das Unternehmenssteuerreformgesetz 2**. Die Reform will, dass Personen, denen mindestens 10 Prozent einer Kapitalgesellschaft gehören, die Einkommen (Dividenden) aus diesem Kapital nur noch zu 60 Prozent statt zu 100 Prozent versteuern. Die Einkommen aus Arbeit müssen bis auf den letzten Rappen versteuert werden, während die Reichen also eine massive Steuererleichterung bekommen sollen. Das müssen wir am ablehnen! Mit dieser Reform mogeln sich die Reichen an der AHV-Finanzierung vorbei: Statt einen AHV-pflichtigen Lohn werden sie sich künftig AHV-freie Dividenden bezahlen. Der AHV, den Kantonen und dem Bund entgehen gegen 2 Milliarden Franken! Das ist unverantwortlich!

Respekt – gegen Prekarisierung

Der Schweizer Wirtschaft geht es gut. Täglich hören wir von neuen Rekordgewinnen. Die Kassen sind voll, die Auftragsbücher bersten. Im Geldrausch vergisst die Wirtschaftselite, wer für die guten Ergebnisse verantwortlich ist. Es sind primär die Lohnabhängigen, welche tagtäglich ihre Arbeit erledigen. Menschen, keine Maschinen.

Menschen, die Respekt verdient haben, weil sie mehr sind als blosse Werkzeuge. Menschen, die ein Recht darauf haben, an diesem Aufschwung beteiligt zu werden. Weil sie ihn erschaffen haben.

Gemeinsam müssen wir die Gunst der Stunde nutzen, um mit den Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt aufzuräumen. Ungerecht ist, dass es den Unternehmen blendend geht, dass die Beschäftigten dies jedoch mit mehr Stress am Arbeitsplatz, mit Überstunden, büssen müssen. Dabei könnten sich die Unternehmungen durchaus mehr Personal leisten. Ungerecht ist, dass die Unternehmungen, wenn sie schon mal neue Jobs schaffen, hauptsächlich unsichere Arbeitsverhältnisse wie Temporärarbeit oder Arbeit auf Abruf anbieten. Und das nur um Kosten zu sparen. Ungerecht ist, dass Frauen für gleiche Arbeit nach wie vor weniger verdienen als Männer. Ungerecht ist, dass es in der Schweiz trotz

Wirtschaftsboom 205'000 Menschen gibt, die trotz vollem Arbeitseinsatz unter der Armutsgrenze leben.

Jetzt ist es an der Zeit, die Unternehmungen in die Pflicht zu nehmen. Vom Aufschwung müssen alle profitieren, nicht nur Topmanager und Aktionäre, sondern auch die Lohnabhängigen. Würdige Arbeit für ein würdiges Leben und korrekt entlohnt: Das fordern die Gewerkschaften an diesem 1. Mai.

Da ich beim Schweizerischen Eisenbahnerverband (SEV) angestellt bin, sehe ich vor allem die Situation im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Auch die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner kommen wegen der ausländischen Konkurrenz immer mehr unter Druck. Weil jetzt die nationalen Schienennetze zusammengehängt werden (was verkehrspolitisch sinnvoll ist), kann mit der gleichen Lokomotive mehrere Staatsgrenzen überschritten werden. Seit dem 1. Januar 2007 ist der Güterverkehr in Europa total liberalisiert. Somit kann eben auch mit dem Lokomotivführer aus Deutschland in die Schweiz gefahren werden. Ein deutscher Lokomotivführer hat nominal etwa 38 Prozent weniger Lohn als ein gleich qualifizierter in der Schweiz. Das Bundesamt für Verkehr, das die Einhaltung der branchenüblichen Löhne überwachen muss, sagt auf Einspruch des SEV, dass dies kein Lohndumping darstelle. Die Bahn stehe in Konkurrenz mit der Strasse und die Lastwagenfahrer hätten auch nicht bessere Arbeitsbedingungen. Sollen die schlechten Arbeitsbedingungen des Strassengüterverkehrs verbessert werden oder die guten Arbeitsbedingungen im Bahngüterverkehr gesenkt werden? Sicher ersteres. Der SEV setzt sich weiter mit Hochdruck dafür ein, dass Lohndumping bekämpft wird! Gesamtarbeitsverträge für alle muss das Ziel sein!

Unsere Region

Wenn wir in unsere Region blicken, so fällt es schwer das vorhin gesagte, herunter zu brechen auf die Region. Aber auch der Kanton Bern betreibt in einem gewissen Masse Lohndumping. Ein Beispiel: Die Post hat den PubliCar in der Region Huttwil betrieben. Da das Angebot zu teuer war, kündigte der Kanton die Leistung. Die Post-Angestellten seien zu teuer. Die Variante Bürgerbus wurde dann favorisiert, weil ungelerntes Personal mit schlechteren Arbeitsbedingungen angestellt werden konnte und so die Leistung billiger wurde. Anders gesagt, die heutigen FahrerInnen des Bürgerbusses haben sicher schlechtere Löhne als die PubliCar-Chauffeure. Diese Machenschaft hat der Kanton kräftig subventioniert! Auch dies ist eine (schwache) Variante des Lohndumpings in unserer Region!

Wie die Arbeiterschaft kämpfen gelernt hat, muss auch unsere Region vermehrt kämpfen – sei dies jetzt das Emmental oder der Oberaargau. Je länger je mehr wird in Bern nicht mehr

verwaltet, sondern aktiv gestaltet. Wer da die Nase oben hat, der wird gehört und auch gefördert. Zukünftig sollen den Regionen die Mittel zur Verfügung gestellt werden für eigene Projekte zu realisieren. Wollen wir eine Zukunft haben, brauchen wir Visionen. Ich hatte deshalb Freude zu lesen, dass die Gemeinde Eriswil das zweitgrösste Windkraftwerk des Kantons Bern erstellen will. Oder das sie Berggemeinden im Amt Wangen einen gemeinsamen Sagenweg eröffnet haben und so über die Gemeindegrenzen ein Projekt realisiert haben. Oder dass die Gemeinde Trubschachen 10 Elektrovelos gekauft hat und damit CO2 einsparen will.

Der Spruch „Sich verkaufen können“ wird in Zukunft noch viel wichtiger, auch wer zusammenarbeitet mit anderen Gemeinden wird weiter kommen. Ich erachte die Tendenzen im Oberaargau zu Gemeindefusionen als sehr begrüßenswert. Zusammen sind wir stärker, das machen die Gewerkschaften seit Jahrzehnten vor! Man muss manchmal etwas mehr fordern, damit man etwas Rechtes erhält. Das ist nicht nur im öffentlichen Verkehr so. Wo ich der Regionalen Verkehrskonferenz vorwerfe zu wenig öffentlichen Verkehr für die Region Oberaargau zu fordern. Huttwil zusammen mit den umliegenden Gemeinden hätte gegenüber SRO und dem Kanton ein ganz anderes Gewicht, gepaart mit einer guten Vision, hat man gute Chancen für die Zukunft. Der Bevölkerungsrückgang wird gerade unsere ländliche Region treffen. Dieser Veränderung müssen wir aktiv begegnen!

Unser Spital

Das heisst natürlich nicht, dass wir alles in den grösseren Zentren, oder gar in Bern zentralisieren! Schon gar nicht im Gesundheitsbereich.

Am 4. April haben wir öffentlich erfahren, dass unser Akutspital geschlossen werden soll. Aus Angst vor lautstarkem Protest hat die Spital Region Oberaargau (SRO) kurzfristig am Morgen zu einer Informationsveranstaltung am Abend eingeladen. Ich ging also nichts ahnend ins Sportzentrum und traute meinen Ohren nicht. Bis jetzt haben die Verantwortlichen mir immer etwas anderes erzählt. Noch im Januar 2006 hat man mir gesagt, sogar schriftlich, dass eine Schliessung nicht in Frage käme. Das Einsparpotenzial sei zu klein. SRO wolle die 4-Standortstrategie fahren und das Angebot so belassen. Mit der Schliessung des Akutspitals erfährt die Region Huttwil einen weiteren herben Rückschlag. Auch bei der Bahn werden in Huttwil laufend Arbeitsplätze abgebaut. Früher waren viel mehr Eisenbahnangestellte in Huttwil stationiert. Es werden immer weniger. Wir hoffen, dass das Lokführerdepot noch lange in Huttwil bleibt. Dann wäre auch noch das Kapitel Sportzentrum, das uns wohl eher peinlich ist. Wir hoffen aber alle, dass es gut kommt. Auch da stehen einige Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Gespannt wartete ich seit bekannt werden der SRO-Pläne auf die Reaktionen der Bevölkerung, der Parteien, Organisationen und der Gemeinden. Bis auf zwei Leserbriefe

und einige erzürnte Reaktionen, die an mich herangetragen wurden, blieb es ruhig. Der grösste Arbeitgeber der Region will eine einschneidende Restrukturierung vornehmen und niemand äussert sich? Es ist ein Arbeitgeber der öffentlichen Hand, den wir finanzieren! Wir dürfen uns also äussern. Wir müssen unseren Unmut über den Entscheid von sieben Verwaltungsratsmitgliedern äussern! Sie haben einen betriebswirtschaftlichen Entscheid getroffen – es ist aber auch ein politischer Entscheid. Nicht einmal die Gemeinden wurden in den Entscheidungsprozess einbezogen! Der Gipfel ist, dass ein Verwaltungsratsmitglied von SRO nicht einmal im Einzugsgebiet von SRO wohnt und ein Beratungsunternehmen führt. Dieses Beratungsunternehmen ist gemäss Homepage auf Sozialpläne spezialisiert. Sozialpläne sind etwas Gutes, wenn ein Unternehmen im Schiefstand ist und viel Personal entlassen muss. Aber bei SRO braucht es nicht Abbau, sondern Aufbau!

Mit der Lancierung der Petition für den Spitalstandort Huttwil kann die Bevölkerung endlich etwas machen und seinen Unmut äussern. Die Sammlungen laufen in allen Gemeinden im Einzugsgebiet. Ich erhalte laufend anfragen für noch mehr Unterschriftenbogen. Ich bin guter Dinge, dass wir eine stattliche Anzahl Unterschriften zusammenbringen und SRO zeigen können, dass die Bevölkerung ein gutes Gesundheitszentrum will mit möglichst vielen Angeboten im medizinischen Bereich.

(Erwähnen: Neues Spitalversorgungsgesetz, Spitalplanung, Kanton neu als Träger/Eigentümer der Spitäler und Spital-AGs, Leistungsverträge)

Deshalb kann ich grundsätzlich der proaktiven Handlungsweise des Verwaltungsrates noch etwas abgewinnen. Ich teile die Umfeldanalyse, die präsentiert wurde. Allerdings finde ich das abgeleitete Vorgehen daraus falsch. Das Tempo der Umstrukturierung, die Art der Kommunikation und das Fehlen von konkreten Perspektiven für den Spitalstandort Huttwil ist nicht korrekt. Man hat einfach mal die Schliessung bekannt gegeben, obwohl man noch gar nicht weiss, was danach kommt! Den Ball jetzt einfach dem Gemeinderat und dem Personal in die Schuhe zu schieben ist billig. Die SRO-Direktion muss jetzt ihr unternehmerisches Können zeigen und die vielen Vorschläge aufnehmen. Verhandlungen müssen mit vielen Institutionen geführt werden. Am wichtigsten sind die Verhandlungen mit den Ärzten. Diese müssen unbedingt in Huttwil gehalten werden können. Auch das Personal darf jetzt nicht abgezogen werden, nur weil gerade eine Stelle in Langenthal frei wird. Sonst können wir die Akutabteilung schon im September schliessen.

Ich habe das Gefühl, dass sich die SRO-Strategen wieder als Musterknaben des Kantons ins beste Licht stellen wollen. SRO war die erste Aktiengesellschaft im Spitalwesen im Kanton Bern. Und dieses Modell wurde vom Kanton übernommen (das SRO-Modell war Pilotprojekt für Kanton).

Ich würde zudem gerne genauere Zahlen sehen. SRO soll genau aufzeigen, was sie wirklich mit dieser Schliessung sparen. Am Infoanlass vom 4. April hat SRO gesagt, dass man ein Unternehmen sei und nicht Zahlen pro Unternehmen habe. Das ist falsch. Wir haben Fallzahlen vom Dezember 2006 und vom März 2007.

Das schreibt auch der Gemeinderat Huttwil an SRO, der weitere Dokumente zitiert, über die er verfügt (der Brief der Gemeinde ist unter www.spital-huttwil.ch einsehbar). Diese Zahlen belegen, dass Huttwil gar nicht viel schlechter da steht. Huttwil hat etwa 10 Prozent weniger Fälle, aber auch fast die Hälfte der Akutbetten als das Spital in Niederbipp. Wer ist jetzt wohl effizienter? SRO hat also Zahlen pro Standort und hat uns angelogen! Ohne genaue Zahlen könnte SRO ja auch keinen rationalen Entscheid über die weitere Strategie fällen!

(Fallzahlen zeigen).

Die Kommunikation war schlicht katastrophal. Da haben die Kommunikationsexperten grundlegende Handwerkerfehler gemacht. Natürlich es war ein Zusatzangebot – aber ein sehr unfreundliches. Wurden Sie schon mal so kurzfristig schriftlich eingeladen? Offenbar hat man damit versucht der Vorbereitung einer allfälligen Gegnerschaft auszuweichen. Die Veranstaltung wäre 14 Tage später viel hitziger verlaufen, die Fragen hätte man vorbereiten können. Fragen, die über das in der Presse Geschriebene hinausgegangen wären. Aber eben, das wissen die Strategen ja noch nicht. Man hat sogar die Informationsveranstaltung einfach abgebrochen ohne alle Fragen beantwortet zu haben!

Wir werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Aussagen wie „es wäre günstiger den Spitalstandort Huttwil ganz zu schliessen“, sind eine Frechheit. Erst jetzt will man Alternativen erarbeiten. Es wäre besser gewesen, man könnte heute schon konkrete Aussagen über die Zukunft des Spitalstandorts machen. Die Verantwortlichen müssen nun beweisen, dass sie es ernst meinen und sich voll für den Spitalstandort Huttwil und seine Angestellten einsetzen!

Die Region Huttwil muss nun ihre Forderungen stellen. Dazu eignet sich die Petition sehr gut. Denn wenn das Akutspital widerstandslos geschlossen werden kann, kommt der SRO-Verwaltungsrat plötzlich noch auf die Idee den ganzen Spitalstandort Huttwil zu schliessen. Also wehren wir uns! Der Spitalstandort Huttwil hat Zukunft, jede Unterschrift zählt!

Wer bereit ist zu kämpfen, kann gewinnen! Wer nicht bereit ist zu kämpfen, hat schon verloren. Wir kämpfen!

**Adrian Wüthrich, Präsident SP Emmental und JUSO Kanton Bern,
Sachbearbeiter Verkehrspolitik SEV, Huttwil**